

Dresdner Volkszeitung

Gründungsdatum: Leipzig.
Abdruck & Stempel, Nr. 20013.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Buchdruckerei: Gebr. Bernhard, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.00 M. Durch die Post bezogen vierzehntäglich 6.00 M., unter Aufwand für Deutschland und Leichtreißbogen 9.00 M.

Telegramm - Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur zwischen 12 bis 1 Uhr.
Gesetzliche Zeitung 10. Tel. 25261.
Geschäftszzeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: die 7 gehaltene Monatszeitschrift 90 M., Familienpreis 70 M., die 8 gehaltene Monatszeitschrift 3 M. Bei mehrmaliger Abgabe Rabatt. Anzeigen sind im voran zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme am voraus gewählten Tag kann nicht übernommen werden. Die Briefmarkenzahlung 20 M.

Nr. 253a

Dresden, Sonntag den 2. November 1919

30. Jahrg.

Berfehrsverre

Unter dem Zwange der Not

Eine Maßregel von einschneidender Bedeutung ist vom Reichskabinett beschlossen worden. Es ist folgende Verordnung erlassen worden:

Auf Grund der die wirtschaftliche Demobilisierung betreffenden Erfahrungen wird nach Maßgabe des Erlasses betreffend die Auflösung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung (Reichsgesetzblatt Seite 438) mit Rücksicht auf die Transportnot und die Verbesserung der Kartoffel- und Kohlenversorgung die Lieferzulassung mit den Eisenbahnverwaltungen der Länder angeordnet was folgt:

1. In der Zeit vom 5. bis 15. November 1919 einschließlich ist auf sämtlichen dem öffentlichen Verkehrs dienenden vollspurigen Haupt- und Nebeneisenbahnen der gesamte Personenverkehr einzustellen. Ausnahmen sind nur zulässig zugunsten des unabdinglich notwendigen Reiseverkehrs und des Güterverkehrs der Großstädte.

2. Nach dem 15. November 1919 dürfen auf den zu 1. bezeichneten Bahnen bis auf weiteres für den Personenverkehr nur die im Interesse der Erhaltung des Wirtschaftslebens unabdinglich notwendigen Güter geladen werden. Das Reichsverkehrsministerium hat die Durchführung dieser Verordnung zu überwachen.

Berlin, den 1. November 1919.

Die Reichsregierung

Bauer, Schmidt, Bell.

Damit ist eine Maßnahme getroffen worden, die von beiden Seiten als sehr hart empfunden werden wird. Aber die Verkehrsunterbrechung ist nötig, um die Versorgung der Bevölkerung mit Kohlen und Nahrungsmitteln nach Möglichkeit zu sichern. Die Verbesserung des Kabinetts geht, wie auch die wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes nunmehr ist, trachdem sie jetzt allenthalben Anzeichen dafür bemerkbar machen, dass die Arbeitsfreudigkeit und die Teilnahme des deutschen Arbeiters wieder im Nachgang begriffen ist. Wie müssen jetzt daher bauen, dass sich in den vergangenen Monaten zahlreiche Vollzugsbeamte durch die Heimweh der kommunistisch-abhängigen Streikarbeiter zu einem Verhalten haben bewegen lassen, das unsre Wollwirtschaft aus das schwere schädigen würde.

Als im November vorher vorliegen Jahren endlich Waffen eingetroffen waren, war die Lage des deutschen Volkes sowieso schon schwarz genug. Die Gründung unserer Wollwirtschaft durch den vierjährigen Krieg machte sich immer mehr geltend. Dazu kamen noch die harten Waffenstillstandsbedingungen, vor allem die Ablieferung unsres Eisenbahnmaterials, durch die unser Verkehrsweisen auf schwerste Schwierigkeiten geriet wurde. Es hätten alle Vollzugsbeamte ihre ganze Kraft einsetzen müssen, um jede vermeidbare Störung von unserem Wirtschaftsleben fernzuhalten.

Viele wußten wir aber zuviel, wie groÙe Teile der Arbeiterschaft sich unter dem Einfluß der unabhängigen kommunistischen Propaganda von einem Streik zum anderen heben ließen. Diese wilden Streiks im Winter, Frühjahr und Sommer 1919 haben wir es zu verdanken, wenn wir jetzt im bevorstehenden Winter mehr frieren und mehr Hunger leiden müssen als das sonst notwendig wäre. Diese Streiks haben wir auch die Verkehrsunterbrechung zu verantworten, die zwischen dem 5. und 15. November eintreten wird. Während in anderen Jahren die Industrie und der Handel schon im Laufe des Sommers für den Herbst und Winter mit Kohlendepots versorgt wurden, ist das dieses Jahr infolge der großen Kohlenarbeitstreits nicht möglich gewesen. Und es müssen auch jetzt, wo die Eisenbahnen sehr hart für den Transport von Kartoffeln und Süßen und anderen Nahrungsmitteln gebraucht werden, verhältnismäßig große Mengen Kohlen transportiert werden, weil sonst auch der notwendige Bedarf nicht befriedigt werden könnte. Daraus ergibt sich eine übermäßige Belastung unsres schon gefühlbaren Verkehrsapparates, und deshalb ist die Unterbrechung des Personenverkehrs nicht mehr zu vermeiden. Die Bevölkerung, die jetzt unter der Einstellung des Personenverkehrs zu leiden hat, kann sich bei den Reisen doch bedenken, die die an sich gewiß berechtigte Unzufriedenheit der Arbeiterschaft dazu benutzt haben, uns in die Streiks einzutreiben, die den Arbeitern keinen Nutzen gebracht, dafür aber unser ganzes Volk schwer geschädigt haben.

Großtechnische zeigt sich jetzt, dass die Arbeiter immer mehr einsehen, wie wenig ihnen die Erfolglosigkeit der Propaganda der unabhängigen kommunistischen Propaganda gelingt. Der deutsche Arbeiter ist zu einfältig und verständnislos, als dass er sich auf die Dauer von Seiten vom Schlag dieser zweifelhaften Propaganda überzeugen lässt.

Verbotene Kohlenausfuhr

Berlin, 1. November. Nach dem Besitzerkonsortium wurde auf Anordnung des obersten Betriebsrats des Zentralvereins die Kohlenausfuhr aus dem Saarland nach Deutschland, den neutralen und alliierten Ländern vorläufig eingeschränkt. Die französischen Behörden fordern die Arbeiter zu Überbrücken auf

und wollen durch Verdopplung der Kohlenzüge die Zufuhr aus dem Saargebiet nach Frankreich vermehren.

Unterstand, 1. November. Telegraf meldet aus Washington, dass Amerika die Kohlenausfuhr verbietet hat.

Neue Bedrohung

Berlin, 1. November. Im Anschluß an die Bekanntmachung der Gesamtversammlung in Berlin teilen französische Zeitungen mit, dass, wie gemeldet, ein Protokoll aufgelegt wurde, das der deutschen Regierung zur Unterzeichnung unterbreitet werden soll und bestimmt ist, zu verhindern, dass die Bedingungen des Waffenstillstandes, die noch nicht erfüllt sein sollen, durch die Parteien des Friedensvertrages herfüllt werden. In dem Protokoll soll Deutschland anerkennen 1. dass es eine Kompensation solle für die von Europa überworfene Schiffe; 2. dass ein Teil des im Waffenstillstand festgesetzten Eisenbahnmaterials nicht abgeliefert werden soll; 3. dass Deutschland nicht die vollständige Zahl der handelsfähigen Artillerie ausgetauscht habe, besonders die vorgelegten Kanonen; 4. dass Deutschland Fahrzeuge an neutrale Mächte verkaufen habe und 5. dass es sich geweiht habe, die bisher derjenigen Titel und Werte abzulehnen, die die deutschen Truppen aus dem Balkan und Bulgarien mitgenommen hatten. Außerdem soll Deutschland anerkennen, dass es seiner Verpflichtung, seine Truppen aus dem Balkan zurückzuziehen, nicht nachgekommen sei.

Dazu wird folgende Erwidlung mitgeteilt: Deutschland soll im Falle Verteidigung, das der deutschen Regierung Anfang nächsten Monats gestellt wird, auch die Ereignisse in den baltischen Provinzen und in Oberschlesien als eine Verletzung des Waffenstillstandes durch Deutschland anerkennt. Der Deutsche Rat hat beschlossen, die schriftliche Zusatzregeln zu treffen, falls Deutschland nicht in letzterer Frist alle Forderungen erfüllt. Wahrscheinlich werden diese Forderungen in Form eines Anhangs an den Friedensvertrag ausgeschlagen werden.

Die Seesperre

Berlin, 1. November. Der Betrieb der deutschen Flotte war am Ende — wieder gestoppt worden. Der deutsche Dampfer Alster hat die Erlaubnis zur Haft von Riga in Polen, Lettland und Litauen ein bekommen über die Bekämpfung der Truppen des Generals Bernadotte abgeschlossen. Ein Vertrag zwischen Riga und Estland ist nicht unterschrieben.

um die Freigeflüchteten und Vertriebenen im letzten Stande zu Befreiung zu bringen. Die Marine schließt unter hinweis auf die umgeheuer schwere liegenden Folgen der angebrochenen Krieger und die Not des nordischen Winters, dem die Truppen hilflos ausgesetzt sein werden, mit dem Deutschen Reich aus dem Balkankrieg zurück in die Heimat! Dies

zeigt die Reichsregierung denen noch einmal aufs eindeutigste zu zu tun, die im Balkankrieg leben und ins Patriotum wollen und die darüber Aufsicht nicht achten, die ihr Tun für das Patriotum und für sie selbst noch noch liefern will. Der Augenblick ist näher, als sie glauben, wo sie im schweren nordischen Winter ohne Rüstung, ohne Munition, ohne Verbündete gegen den erbitterten Truppen jener Länder hilflos ausgesetzt sein würden. Darum noch einmal, bevor das schlimmste kommt: Heraus aus dem Balkankrieg. Zurück in die Heimat!

Der Ruf ist unterzeichnet von Bauer, Schiffer, Bell, David, Grzberger, Gehler, Gießberth, Koch, Meyer, Müller, Rosse, Schilde, Schmidt. Als Oberbefehlshaber in den Kriegen hat Rosse jede Unterstützung der im Patriotum befindlichen Truppen, insbesondere durch Antwerbung, Lieferung von Material sowie Propaganda verboten. Ansiedelungen werden mit Gewalt bestrafen.

Zur Bekämpfung des baltischen Verbrechens wurde auf seinen Befehl eine besondere Polizeitruppe geschaffen mit der Befehl. Verbrecher festzunehmen und Verbrecheraus aufzuhören. Seit dem 1. Nov. gelang es bereits, mehrere Verbrecher zu schließen und ihre Verbrecher zu verhaften.

Slawenbündnis gegen Bernadott

Helsingfors, 31. Oktober. Nach einer Reise nach Riga haben Polen, Lettland und Litauen ein Abkommen über die Bekämpfung der Truppen des Generals Bernadott abgeschlossen. Ein Vertrag zwischen Riga und Estland ist nicht unterschrieben.

Deutsch-litauischer Zusammenschluss
Berlin, 1. November. Beginn eines Zusammenschlusses zwischen litauischen und deutschen Truppen bei Swedens, wo sie gemeinsam Soldaten von litauischen Truppen getötet wurden, sind bei der litauischen Regierung Befreiungen erhalten und ein entschiedener Kampf gegen die Soldaten fortgeführt worden. Außerdem ist der litauische Befreieter zur Unterstützung dieses Scheltes bei seiner Steuerung gedreht worden.

Der Krieg mit Rätorussland

Die Männer des nordrussischen Staates Wienko und Margutis halten in Helsingfors Versprechungen mit dem Reichspräsidenten Stahlberg sowie den litauischen Ministern Venola, Holz und General Ennen. Die Konferenz soll der erneuten militärischen Hilfe Russlands, hier lange der Stabschef der russischen Kavallerie, Oberst Archipow, an zweck Bezeichnungen mit der russischen Militärleitung über gemeinschaftliche Operationen an der polnisch-litauischen Front.

Judenitsch hat seine Niederlage noch nicht verstanden, und schon meldet er den Beginn seiner neuen Offensive und gleich 2000 Gefangene.

Die kleine Denitsch soll auf auf dem rechten Flügel einen Erfolg über diesen bolschewistischen Divisionen hervorbringen, dabei ungefähr 2000 Gefangene gemacht und zahlreiche Männer erbeutet haben. Auf dem linken Flügel wurden die Bolschewisten von Petruski geschlagen. Im Zentrum hat die kleine Denitsch die Offensive eröffnet. Obwohl, der jetzt die Stärke der Russen ist gerichtet, zeigen jedoch Times aus London, dass sich die Weißen Truppen unter dem Druck einer gegen bolschewistischen Offensive zurückziehen.

Sozialisierung als Organisationszwang

Von Organisationsamtsrat Karl Oskar Günke, Dresden

Man kann die Sozialisierung von zwei Gesichtspunkten aus betrachten: vom politischen und vom arbeits-technischen. Am Anfang: „Sozialisierungsaufgaben“ in der Nr. 231 der Dr. B. ist auf beide hinzuweisen worden, mit besonderer Betonung der Arbeitsaufgabe. Es ist einem Fachmann gestattet, die Ausführungen des angezogenen Artikels zu ergänzen.

Der berufsmäßige Organisator hat den „Organisations-Gimmel“, d. h. er will alles organisieren und dabei ist ihm jede Sache recht. Er sieht Männer als andre die Männer in Radicile, die aus dem Winkel an Organisation entstehen und sie wiederum wieder aus der Höhe führt. Er weiß, dass seine und seiner Berufsgenossen Größe nicht erreichen, der „Organisation“ zum Sieg zu verhelfen. Dorthin betriebe er die Sozialisierung nicht etwas als vernünftig; vielleicht sogar liebhaft ist er im gehoben mit ihr, weil er hört, das mit ihrer Hilfe keine Verteilungen der Ver-

wirklichung näher gebracht werden können. Er fürchtet aber auch, dass gerade die Sozialisierung Rücksicht auf die Verteilungsfähigkeit nimmt, die weit ausserhalb der sozialen „Matten“ noch tiefer in den Menschen verbreitet werden. So steht der Organisator der Sozialisierung zweitens gegenüber. Das darf ihm von seiner Seite verboten werden, weil ihm eben der Erfolg über alles geht; wohl kann er einen Beruf (einen Gewerberuf) nicht so viel an der beruflichen Arbeit ergraben wie der eines Organisator.

Das weiß, dass die Sozialisierung angegangen werden ist, ein „Organisations-Ministerium“ zu gründen; bis jetzt ist noch nichts in dieser Richtung unternommen bis auf einige kleine Anfänge, die mit dem Vertretermann der Regierung zu beobachten ich Gelegenheit hatte. Politiker habe ich hier bei mir verhindert. Interesse für eine solche Zentralisierung zu erkennen; bisher auch erfolgt. So müssen die zentralen